

BERLINER EINBLICKE

Der Newsletter von Heribert Hirte – für Sie



Berliner Einblicke #21

Ende April 2015



Liebe Leserinnern und Leser, liebe Freunde!

Drei sitzungsfreie Wochen inklusive erholsamer Ostertage mit der Familie und einem Kurztrip in die Normandie endeten am vergangenen Freitag in einem Moment des Innehaltens. Gemeinsam mit weiteren 1400 Gästen habe ich im Kölner Dom der Opfer des Flugzeugabsturzes in den französischen Alpen gedacht. Ein äußerst bewegender Gottesdienst und ein würdiger Moment der Abschiednahme. Meine Gedanken sind noch immer bei allen Trauernden, auch wenn mich der Berliner Politikbetrieb schon wieder fest im Griff hält.

Nach Vorträgen zur Christenverfolgung beim Katholischen Deutschen Frauenbund in Köln und dem Johanniterorden in Bonn standen in Berlin unter anderem Beratungen zum Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz, zum „Delisting“ sowie zum Gesetz zur Tarifeinheit im Fokus meiner Arbeit. Sobald sich in diesen Themenfeldern Ergebnisse abzeichnen, werde ich darüber in einem der kommenden Newsletter berichten. Hauptaugenmerk dieser Ausgabe liegt auf der vor allem in den Medien so emotional geführten Diskussion um die Vertreibung und Vernichtung der Armenier im Osmanischen Reich. War es nun ein Völkermord oder eine Tragödie? Wie ich die Sache sehe, lesen Sie im NAHBLICK. Im SEITENBLICK berichten wir unter anderem von erfreulichen Entwicklungen in den Verhandlungen um das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), und der AUGENBLICK der Woche gilt dieses Mal Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft und Lebensgeschichte eben gerade nicht in den

Fokus der Kameraobjektive geraten dürfen: Flüchtlinge aus Nordkorea. Von deren eindrücklichen Flucht- und Lebensgeschichten berichteten auch zahlreiche Medien, nachzulesen im RUNDBLICK.

Herzliche Grüße,
Ihr



Heribert Hirte

NAHBLICK

Das Thema



War es Völkermord?

Die Antwort, die Papst Franziskus vor Beginn der Sonntagsmesse Mitte April im Petersdom auf diese Frage fand, war eindeutig: Der Mord an bis zu 1,5 Millionen Armeniern im Osmanischen Reich im Jahr 1915 sei der erste Genozid des 20. Jahrhunderts gewesen. Die durchaus emotional geführte Debatte, die er hierzulande in der vergangenen Woche damit auslöste, fand ihr bisheriges Ende am Freitagmorgen in einer Gedenkstunde im Deutschen Bundestag. Aus Rücksicht auf die diplomatischen Beziehungen mit der Türkei hatten Kanzleramt und Auswärtiges Amt die Regierungsfractionen gebeten, das Wort Völkermord aus der Überschrift [ihres Antrags](#) zu streichen. So heißt es dort lediglich „Erinnerung und Gedenken an die Vertreibungen und Massaker an den Armeniern vor 100 Jahren“. Der Begriff „Völkermord“ wird hingegen nur indirekt genannt. In dem gemeinsam verfassten Text wird ausgeführt, die planmäßige Vertreibung und Vernichtung von mehr als einer Million Armeniern stehe „beispielhaft“ für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen und der Völkermorde, von denen das 20. Jahrhundert auf so schreckliche Weise gezeichnet ist. Die [Kölnische Rundschau](#) merkte in dem Zusammenhang an, dass „die Einigung im Bundestag auf den Text für die Armenier-Resolution, in dem ausdrücklich von einem Genozid die Rede ist, [...] von der türkischen Presse aufmerksam registriert [wurde]. ‚Auch Deutschland wird ‚Völkermord‘ sagen‘, meldete die ‚Hürriyet‘.“

Und auch wenn Bundestagspräsident Norbert Lammert am Freitag zum Auftakt der [Plenardebatte](#) schließlich doch von „Völkermord“ sprach, hätte Heribert Hirte den Begriff gerne schon eher deutlich angesprochen gesehen. Den wachsenden Widerstand gegen die Wortstreichung im Antrag hatte er deshalb mit Erleichterung wahrgenommen und betonte in [seiner Pressemitteilung](#): „Als Christ und Vorsitzender des Stephanuskreises halte auch ich es für wichtig und richtig, das Geschehene als das zu bezeichnen, was es war: ein Genozid.“

Dabei weiß ich als Rechtswissenschaftler natürlich, dass die nachträgliche Bezeichnung einer Straftat juristisch umstritten ist.“

Die Ermordung von armenischen Intellektuellen und Prominenten in Istanbul vor 100 Jahren gilt unter Historikern als Auftakt einer Politik systematischer Vertreibungen, Massentötungen und ethnischer Säuberung, geprägt durch Deportationen und Todesmärsche in Wüsten, durch Internierung und Zwangsarbeit. Bis in die 1920er Jahre hinein wurden auch Angehörige assyrischer, aramäischer, griechischer, chaldäischer und anderer Minderheiten Opfer vergleichbarer Verfolgung und Ermordung durch die jungtürkische Regierung. Bereits im ersten Jahr der Massentötungen sprachen die Regierungen des Vereinigten Königreichs, von Frankreich und Russland bereits von einem „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, von dem das Deutsche Reich nachweislich Kenntnis hatte – und das es tolerierte. Hochrangige Beteiligte an den Massakern wurden vier Jahre später vor osmanischen Kriegsgerichten angeklagt und teilweise zum Tode verurteilt. Dennoch kam es in der Türkei wiederholt zu Strafverfahren gegen Menschen, die entgegen der offiziellen politischen Linie von Völkermord sprachen. Bis heute wehrt sich die türkische Regierung vehement gegen diese Bezeichnung.

Grünen-Chef Cem Özdemir prangerte diese Generalamnestie an und schrieb Mitte der Woche in einem offenen Brief an die Regierungskoalition: „Meine Generation hat in der türkischen Schule nichts gelernt über einen Völkermord an Armeniern, dem ältesten christlichen Volk der Welt. Sie hat noch nicht einmal gelernt, dass es überhaupt Armenier oder Aramäer in der Türkei gab, geschweige denn ihre Kirchen, ihre Kultur, ihre Hinterlassenschaften. Heute lernen die Kinder in der Türkei sogar, dass das Volk, mit dem Türken und Kurden eigentlich Jahrhunderte friedlich zusammengelebt haben und ohne die vieles im Osmanischen Reich undenkbar gewesen wäre, Verräter gewesen seien und ihre Vertreibung in die syrische Wüste zu ihrem eigenen Schutz geschehen sein soll.“

Auch Heribert Hirte erklärte öffentlich, es sei an der Zeit, den Nachfahren der Überlebenden ein weiteres Zeichen der Anerkennung zu setzen: „Wenn wir uns jetzt nicht trauen das Wort ‚Völkermord‘ in aller Deutlichkeit in den Mund zu nehmen, geben wir Regierungen, die es nicht schaffen, sich von Diskriminierung und Repression von Minderheiten zu distanzieren, das Signal für ein ‚weiter so!‘“ Im Nahen Osten werden auch heute noch Christen systematisch verfolgt und ermordet. Wenn schon die Vernichtung christlicher Minderheiten vor 100 Jahren nicht klar benannt werde, drohten auch die aktuellen Geschehnisse unter einer Decke der Gleichgültigkeit zu verschwinden, warnte der Vorsitzende des Stephanuskreises. Seine Worte sollten als Aufruf zu mehr Geschichtsbewusstsein verstanden werden, nicht als Wille, das türkische Volk kollektiv zu beschuldigen.

Auch die Bundesregierung betont, dass man die Ereignisse im Osmanischen Reich nicht mit dem Holocaust gleichsetzen könne, für den Deutschland Schuld und Verantwortung trage. Heribert Hirte lobt deshalb das Vorhaben der Bundesregierung, bestimmte Projekte zu unterstützen, die zur Versöhnung zwischen Türken und Armeniern beitragen. „Gerade in Zeiten von Christenverfolgung und zunehmender Islamophobie geht es doch darum, die Gräben zwischen Christen und Muslimen nicht weiter zu vertiefen. Die Verantwortung dazu liegt auch in türkischer Hand. Von einem Nato-Partner sollten wir das auch erwarten dürfen.“



Fröhliche Ostern? Für Millionen Christen unmöglich!

Das Osterfest nahm Heribert Hirte in seiner Funktion als Vorsitzender des Stephanuskreises zum Anlass, ein Zeichen der Solidarität mit bedrängten und verfolgten Christen zu setzen. „Wir dürfen nicht vergessen, dass Millionen Menschen ihren Glauben nicht offen leben können und damit eine der zentralen Botschaften des Christentums - die Auferstehung - nicht mit uns feiern dürfen“, sagte er in [seiner Pressemitteilung](#). Was die Medien daraus machten, erfahren Sie im RUNDBLICK.

Neuigkeiten zu TTIP

Kaum wurde bekannt, dass auch [Bundeskanzlerin Angela Merkel](#) Schiedsgerichte im Transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA für sinnvoll hält, „zwitscherte“ Heribert Hirte dies auch schon [via Twitter](#) weiter. Und auch die Europäische Union wagt einen Vorstoß: Die Reform der Schiedsgerichtsverfahren soll noch umfassender, man kann sogar sagen kreativer, ausgestaltet werden. Die Rede ist von transparenteren Verfahren, demokratischer Richterwahl und sogar einer Berufungsinstanz. Das klingt doch ganz ähnlich, wie die Vorschläge, die Heribert Hirte Anfang des Jahres [in seiner Rede](#) dazu im Plenum gemacht hat. [Der Tagesspiegel](#) meint schon eine generelle Trendwende in der Diskussion rund um das Freihandelsabkommen zu erkennen und schreibt: „Nach knapp zwei Jahren aufgeregten Streits um TTIP ist die Meinungsschlacht noch lange nicht entschieden. Aber der Rauch der Nebelkerzen legt sich, die Schaumkronen künstlicher Erregungswellen glätten sich. Und Sachargumente gewinnen allmählich die Chance gehört zu werden.“ Gespickt mit Sachargumenten ist auch [die ausführliche Antwort](#) Heribert Hirtes auf zahlreiche E-Mails, die unser Büro diese Woche von TTIP-Gegnern erreichten.

Kölner Gastfamilien für amerikanische Austauschschüler gesucht

Die Austauschorganisation Youth For Understanding (YFU) sucht für 50 Stipendiaten des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) Gastfamilien. Seit 1983 vermittelt das PPP Jugendlichen in Deutschland und den USA die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Wertvorstellungen beruht. Mit Vollstipendien ermöglicht das Programm den US-amerikanischen Teilnehmern ein Austauschjahr in Deutschland, während im Gegenzug Jugendliche aus Deutschland als „junge Botschafter“ in die USA reisen. Der Deutsche Bundestag und der Kongress der USA unterstützen das Programm. Alle Austauschschüler werden von jeweils einem Bundestagsabgeordneten als Pate betreut. Auch Heribert Hirte ist Pate und würde sich deshalb freuen, wenn sich in seinem Wahlkreis gastfreundliche Familien finden. Die Austauschschüler kommen im August/September 2015 für ein Schuljahr nach Deutschland. Familien und Paare, die einen Austauschschüler bei sich aufnehmen möchten, können sich bei YFU melden per Telefon 040 227002-0 oder E-Mail an gastfamilien@yfu.de. Weitere Informationen im Internet: www.bundestag.de/ppp und www.yfu.de.

Und wo wir gerade dabei sind: Auch die gemeinnützige Austauschorganisation American Field Service (AFS) sucht für ihre Schüler ab September Familien aus Köln. Heribert Hirte meint: „Wer sein Zuhause für einen Jugendlichen aus einem anderen Land öffnet, gewinnt nicht nur einen ganz persönlichen Einblick in andere Kulturen und Lebensweisen. Er setzt auch ein klares Zeichen für eine Willkommenskultur in unserem Land“. Interessierte sind deshalb eingeladen, sich mit dem Hinweis „Willkommenskultur“ direkt an AFS zu wenden – unter der Telefonnummer 040 399222-90 oder per E-Mail an gastfamilie@afs.de. Information und Erfahrungsberichte sind im Internet unter www.afs.de/gastfamilie zu finden.



Ostergespräch mit dem Domradio zur Christenverfolgung

Im [Domradio](#) berichtete Heribert Hirte erneut über die Arbeit des Stephanuskreises. Die Tage, in denen Christen an die Kreuzigung und Auferstehung Jesu gedenken, nahm er zum Anlass, auf die schwierige Situation von Christen weltweit hinzuweisen. Eine seiner Forderungen aus diesem Interview, die Entwicklungshilfe an Religionsfreiheit zu koppeln, hat [das christliche Nachrichtenportal idea.de](#) aufgegriffen.

Kim Il-Sung ist der Gott der Nordkoreaner

Besonders bewegt haben Heribert Hirte die Schilderungen junger Christen aus Nordkorea, die diese Woche zu Gast im Stephanuskreis waren. Nach ihrer Flucht aus dem totalitären Staat haben sie in Südkorea zum christlichen Glauben und neuem Halt im Leben gefunden, erzählten sie. Der Deutschlandfunk vermeldete in der [Sendung „Tag für Tag“](#) am 22. April das Treffen. In einem [YouTube-Beitrag](#) der CDU/CSU-Fraktion berichtet Heribert Hirte neben dem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder von den eindrücklichen Schilderungen der Jugendlichen. Auch [das christliche Medienmagazin pro](#) und [die Internetseite Jesus.de](#) berichten ausführlich über den Besuch. Am Freitagmorgen gab Heribert Hirte außerdem auch im Domradio noch Auskunft über den nordkoreanischen Besuch.

Reform der Insolvenzanfechtung geht in richtige Richtung

Im [Fachmagazin DER BETRIEB](#) hat Heribert Hirte zur Abwechslung mal wieder selbst einen Artikel verfasst. In dem Kommentar zur Reform des Insolvenzanfechtungsrechts macht er deutlich, dass der kürzlich vorgelegte Reformentwurf des Bundesjustizministeriums in die richtige Richtung geht und schreibt weiter: „Er korrigiert eine in den vergangenen Jahren teilweise ausgeuferte Anfechtungspraxis und stellt die Rechtssicherheit für Unternehmen wieder her. Insbesondere mittelständische Unternehmen, aber auch Arbeitnehmer werden vor teilweise fragwürdigen Rückforderungen geschützt.“



Quelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
Steven Rösler

Der Unionsfraktionsvorsitzende, Volker Kauder (ganz rechts), Seite an Seite mit dem Vorsitzenden des Stephanuskreises der Fraktion, Heribert Hirte. Gebannt folgen beide den Schilderungen eines jungen Flüchtlings aus Nordkorea, der von Hungersnot und Verfolgung in seiner Heimat berichtet. Zweifellos war das Treffen mit der Gruppe junger nordkoreanischer Christen ein besonderer Augenblick, auch wenn ihre Identität zu ihrem eigenen Schutz ganz bewusst nicht in den Fokus der Kameraobjektive gerückt wurde.

24. April 2015, Düsseldorf

Podiumsdiskussion zum Thema „Reform der Insolvenzanfechtung“ anlässlich der Jahreshauptversammlung des Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V. (BDIU)

5. Mai 2015, Berlin

Jubiläumsfeier im Bundestag anlässlich 50 Jahre diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel

6. Mai 2015 um 16 Uhr, Berlin

Auf Einladung des Koordinierungsrats deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus nimmt Heribert Hirte an dem Fachgespräch zum Thema „Islam, Islamismus und Antisemitismus. Zusammenhänge und Abgrenzungen“ teil. Gäste sind willkommen.

8. Mai 2015 um 19 Uhr, Köln

Frühjahrsempfang des CDU-Stadtbezirks Rodenkirchen im Ruderverein von 1877 e.V.

15. Mai um 16:30 Uhr, Köln

Führung über den Südfriedhof mit [Günter Leitner](#). Der Rundgang dauert voraussichtlich ein- einhalb Stunden und kostet 5 Euro pro Person. Interessierte melden sich bitte bei Katharina Welcker an. Per Mail: welcker@web.de oder telefonisch unter: 0221/37 21 46

Aktuelle Termine finden Sie auch auf Heribert Hirtens Homepage unter www.heribert-hirte.de.

„Diäten“, „Hammelsprung“, „Überhangmandat“ – der parlamentarische Alltag bringt sein ganz eigenes Vokabular mit sich. Neben den gewohnten Zitaten erklären wir in dieser Kategorie von nun an immer mal wieder einen Begriff aus der Sprache, die unter der Kuppel des Reichstagsgebäudes gesprochen wird: Parlamentsdeutsch.

Anhörung

Jeder Ausschuss darf Experten aus Wissenschaft und Praxis einladen, um den Mitgliedern des Ausschusses Informationen zu einem Beratungsthema zu vermitteln. So hatte beispielsweise der Rechtsausschuss diese Woche eine Anhörung, um über die Ausgestaltung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes zu beraten. Da die Anhörung öffentlich war, sind neben dem Gesetzentwurf auch die Stellungnahmen der Sachverständigen auf der [Homepage des Bundestages](#) einsehbar.



Anschrift

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-77830

Telefax: 030 / 227-76830

Bürgerbüro Köln
Aachener Straße 227
50931 Köln

Telefon: 0221 / 589-86762

Telefax: 0221 / 589-86765

Email

heribert.hirte@bundestag.de

Copyright © 2013 Heribert Hirte. Alle Rechte vorbehalten.

Sie wollen diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann teilen Sie uns das bitte mit. Wir werden Ihre Daten umgehend aus diesem Verteiler löschen.

Wir behandeln Ihre Daten selbstverständlich vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.

Unsere Anschrift ist:

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Unsere Homepage-Adresse lautet:

www.heribert-hirte.de

[Impressum](#) - [Datenschutz](#)